



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Forschung, Entwicklung

**Forschungs- und Entwicklungszentrum für Objektivierete Lehr- und
Lernverfahren <Paderborn>**

Paderborn, Juli 1978

3. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten 1979/80

urn:nbn:de:hbz:466:1-43077

3. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben 1979/80

3.1 Vorhaben BETA-HSV - Entwicklung eines Handbuches für die schulinterne Verwaltung

o Ausgangslage

Im Gegensatz zu anderen Staaten der EG (z.B. Großbritannien) besteht in der Bundesrepublik Deutschland immer noch keine Möglichkeit der schulbetrieblichen Aus- und/oder Weiterbildung für Schulleitungsfunktionsträger im Rahmen berufsvorbereitender bzw. berufsbegleitender Studiengänge. Informationen über Strukturen und Verfahren der schulinternen Verwaltung erreichen die schulbetriebliche Praxis bzw. Schulleitung und Schulleitungsfunktionsträger derzeit

- als Gesetze, Erlasse, Verordnungen bzw. Anweisungen durch die jeweils übergeordnete Institutionen der externen Bildungsverwaltung,
- durch punktuelle Informationsveranstaltungen innerhalb der staatlichen Lehrerfortbildung (Landesinstitut für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung),
- durch punktuelle Informationsveranstaltungen anderer Institutionen (z. B. Fachausschuß Schule im Verband für Arbeitsstudien e.V.),
- durch Fachzeitschriften, Schriftenreihen und Einzelpublikationen in nichtöffentlicher Trägerschaft (z.B. SO-Schul- und Unterrichtsorganisation, Schulleiter-Handbuch, Handbuch für die Schulleitung),
- durch Fernkurse bzw. Fernstudienmaterialien in nichtöffentlicher Trägerschaft mit/ohne öffentliche Förderung.

Die bisherigen inhaltlichen und methodischen Arbeiten im Bereich der Bildungs-Betriebslehre haben bereits eine erhebliche Menge von Erkenntnissen, die die Gestaltung des schulbetrieblichen Geschehens wirkungsvoll unterstützen könnten hervorgebracht; die bisherigen Verfahren der Informationsweitergabe konnten noch keine Flächendeckung in der Informationsversorgung erreichen.

o Problemstellung

Analysen der bisherigen geringen Wirkung von schulbetrieblichen Informationen, die auf schriftlichem Wege die Schule erreichen, weisen darauf hin, daß inhaltliche und methodische Schwächen in der Informationsaufbereitung vorliegen. Diese sind einmal der durch die Adressaten monierte "geringe Praxisbezug" insbesondere bei schriftlichen Materialien, die sich auf die Bundesrepublik Deutschland insgesamt beziehen, zum anderen die ebenfalls monierte "geringe Verständlichkeit", schließlich der für die Praxis nicht immer erkennbare enge Bezug zum jeweils geltenden Schulrecht.

Das im Vorhaben zu lösende Problem besteht in der Entwicklung von schriftlichen Materialien für die Weitergabe von schulbetrieblichen Informationen, die von den Adressaten als

- praxisgerecht
- verständlich
- mit den schulrechtlichen Gegebenheiten im Einklang stehend

und - wenigstens tendenziell -

- unmittelbar einsetzbar
beurteilt werden.

o Grundannahmen/Ziele

Durch die Arbeiten des Instituts für Bildungs-Betriebslehre, durch andere Institutionen, Personen und Personengruppen, die sich der Erarbeitung schulbetrieblicher Problemlösungen bzw. der Entwicklung schulbetrieblicher Curricula widmen, schließlich durch Initiativen des Kultusministers NW und der durch ihn eingerichteten Arbeitsgruppen, existiert ein Grundbestand von schulbetrieblichen Hilfsinstrumenten, die sich für die Unterstützung der schulischen Praxis eignen. Dieser Informationsbestand kann, je nach seiner inhaltlichen Ausrichtung, durch "Informationsveranstaltungen" bzw. durch "Trainingsveranstaltungen" (vgl. das Konzept des ALFA-Schulleitungskollegs) an die Adressaten weitergegeben werden.

Um eine möglichst rasche und flächendeckende Weitergabe zu erreichen, kann für die Inhalte, die sich für "Informationsveranstaltungen" anbieten auch die Form der schriftlichen Information gewählt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen werden solche schriftlichen Informationen dann und nur dann von der schulbetrieblichen Praxis angenommen, wenn

- sie sich an konkreten schulbetrieblichen Fällen orientieren,
- wenn sie anleitenden Charakter haben,
- wenn sie den Vorschlag für eine Problemlösung vollständig und unter Berücksichtigung aller geltender rechtlichen Bestimmungen enthalten und
- wenn sie sich auf die Schulstruktur eines Bundeslandes beziehen,
- wenn sie mindestens in "Abstimmung" mit der externen Bildungsverwaltung (i.d.R. Kultusminister) erarbeitet werden.

o Durchführung

Träger des zu entwickelnden "Handbuches für die schulinterne Verwaltung - Nordrhein Westfalen" ist der Kultusminister Nordrhein-Westfalen, der zur Vorbereitung und Begleitung der Entwicklungsarbeiten eine Arbeitsgruppe eingerichtet hat. Das Institut für Bildungs-Betriebslehre nimmt an den Sitzungen dieser Arbeitsgruppe teil.

Innerhalb des Institutes für Bildungs-Betriebslehre sollen

- die konzeptionellen Vorarbeiten
- die redaktionelle Koordinierung sowie
- die methodische Aufbereitung

der einzelnen Beiträge erfolgen.

Materialien hierzu können stammen

- aus den Entwicklungsarbeiten der schulbetrieblichen Praxis (Muster-Problemlösungen)
- aus den Entwicklungsarbeiten des Kultusministers bzw. anderer Institutionen der externen Bildungsverwaltung
- aus den Entwicklungsarbeiten anderer Institutionen, Personen bzw. Personengruppen, die sich mit schulbetrieblichen Problemen beschäftigen

- aus den Entwicklungsarbeiten am Institut für Bildungs-Betriebslehre (insbesondere aus dem Vorhaben ALFA - Entwicklung von Materialien für die Schulleitungsausbildung).

o Kooperation

Alle Arbeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der Arbeitsgruppe "Handbuch für die schulinterne Verwaltung" beim Kultusminister Nordrhein-Westfalen sowie mit dem Landesinstitut für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung sowie den Kooperationspartnern des Teilprojektes BETA-PAD.

o Ergebnisperspektiven

- Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Institutes für Bildungs-Betriebslehre aus den vorangegangenen Vorhaben (insbesondere des Vorhabens ALFA)
- Unterstützung der schulbetrieblichen Praxis bei der Lösung von schulplanerischen und schulorganisatorischen Problemen
- Beitrag zur Professionalisierung der Tätigkeit von Schulleitern bzw. sonstigen Schulleitungsfunktionsträgern
- Aufbereitung von schulbetrieblichen Problemlösungen für den massenhaften Einsatz in der schulbetrieblichen Praxis
- Aufbereitung von schulbetrieblichen Problemlösungen für den massenhaften Einsatz in der Lehrerausbildung sowie der Lehrerfort- und weiterbildung.

3.2 Vorhaben BETA-PAD - Entwicklung und Validierung eines Betriebs-Systems für große Schulsysteme

o Ausgangslage

Die gegenwärtige Situation der institutionalisierten Bildung ist gekennzeichnet durch ein Stagnieren der öffentlichen Bildungsausgaben bei gleichzeitig tendenziell weiter steigenden pädagogischen und sozialen Ansprüchen. Will man die begonnene Verbesserung des öffentlichen Bildungssystems in quantitativer und qualitativer Hinsicht fortsetzen, bedeutet dies die Erschließung von Finanzierungsquellen innerhalb des Bildungssystems selbst, weil eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme einer expansiven Bildungsfinanzierung angesichts der bereits eingetretenen Verschiebung öffentlicher Prioritäten unwahrscheinlich scheint.

Die Tendenzen der Schulentwicklungspolitik lassen erkennen, daß unabhängig von der endgültigen Entscheidung über die maximal zulässigen Schulgrößen, in Zukunft mit mindestens tendenziell steigenden Schulmindestgrößen gerechnet werden muß. Die steigende Organisationskomplexität von großen Schulsystemen bzw. Schulsystemen wird zunehmend kompliziertere schulbetriebliche Fragestellungen aufwerfen. Können diese nicht aus der und durch die schulbetriebliche Praxis beantwortet werden, sind schwerwiegende pädagogische und bildungspolitische Konsequenzen nicht auszuschließen.

o Problemstellung

- Entwicklung eines Betriebssystems für große Schulsysteme (Schulzentren, Bündelschulen) zur Optimalgestaltung der schulinternen Verwaltungsorganisation;

- Feststellen der schulbetrieblichen Bedingungen und der pädagogischen Konsequenzen durch ein intergriertes Schul-Betriebssystem;
- Feststellen der Möglichkeiten im Schul-Betrieb, Kapazitätsreserven durch schulbetriebliche Gestaltung freizusetzen.

o Grundannahmen/Ziele

- Durch eine systematische Gestaltung des Schul-Betriebs sind in der Schulpraxis personelle und materielle Kapazitäten freizulegen, die für die pädagogischen Aufgaben der Schulen nutzbar gemacht werden können.
- Es ist davon auszugehen, daß die administrativen und ökonomischen Funktionen in einer Vielzahl von Schulen nicht optimal gelöst werden.
- Die Optimalgestaltung des Schul-Betriebs kann nur durch die in der Schule selbst Tätigen gemeinsam erreicht werden.

o Durchführung

Es werden in Kooperation mit einer Versuchsschule schulbetriebliche Probleme identifiziert und nach der durch die in der Schule Tätigen erstellten Prioritätsliste Teilprobleme ausgewählt:

- Aufbau eines schulinternen Informations- und Kommunikationsnetzes unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes eines schulresidenten Klein-ADV-Systems;
- Aufbau eines schulbetrieblichen Kontrollsystems als Grundelement eines schulbetrieblichen Rechnungswesens.

Mit Hilfe der Verfahren der Systemanalyse und Systemgestaltung werden strukturelle (Organisation) und prozedurale (Ablauf) Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Lösungsvorschläge werden in der Schulversuchs-Schule im praktischen Einsatz validiert und dokumentiert. Die Entwicklungsergebnisse werden einerseits theoretisch aufgearbeitet (Elemente einer bildungsbetrieblichen Theorie der Schule), andererseits methodisch zum Einsatz in der Schulleitungsweiterbildung aufbereitet.

o Kooperation

In der Phase Entwicklung und Validierung eines Schul-Betriebssystems:

- Schulversuchsschule: Städtische Berufsbildende Schule DUISBURG-RHEINHAUSEN
- Leiter von berufsbildenden Schulen (insbesondere der Leiter der Schulversuchsschule: OStD KROMMWEH)
- Fachausschuß SCHULE im Verband für Arbeitsstudien
- andere interessierte Schulen, insbesondere:
 - . Berufsbildende Schulen des Zweckverbandes Leverkusen (Opladen)
 - . Städtisches Gymnasium Wuppertal
 - . Kaufmännische Schulen Ahaus.

o Ergebnisperspektiven

Folgende Ergebnisse werden angestrebt:

- Entwicklung von Elementen eines Schul-Betriebssystems für große Schulsysteme unter Verwendung einer schulresidenten Klein-ADV-Maschine. Die Dokumentation erfolgt in einer Form, daß die Problembeschreibung und

Lösungsvorschläge in ein auf andere Schulen übertragbares Organisationshandbuch übernommen werden können.

- Feststellen der betrieblichen Bedingungen, der pädagogischen Konsequenzen sowie der Möglichkeit des Freisetzens von Kapazitätsreserven durch ein Schul-Betriebssystem mit ADV.
- Beschreibung von Funktionen und Verfahren innerhalb des Schul-Betriebssystems als Grundlage von Funktions(neu)verteilungen zwischen Lehrern/Leitern, Verwaltern/Schülern einerseits und Schulverwaltung und Schulaufsicht bzw. Schule i.e.S. andererseits.
- Aufschlüsse über die Qualifikationsnotwendigkeit von Leitern, Verwaltern und Lehrern als Grundlage für die Weiterarbeit an Curricula für Schulleitungsfunktionsträger.
- Theoretische Erkenntnisse aus den Bereichen der schulbetrieblichen Bestände Personal und Informationen zur Weiterentwicklung einer schulpraxisorientierten Bildungs-Betriebslehre.

Die Ergebnisse des Vorhabens sind, soweit sie theoretische und curriculare Aspekte berühren, unmittelbar auf andere Schulen bzw. Funktionsträger der Schulverwaltung übertragbar. Von den sonstigen Entwicklungsergebnissen die für die Berufsbildenden Schulen, als Institutionen mit maximaler schulbetrieblicher Komplexität, entwickelt werden, ist anzunehmen, daß sie sich problemarm (durch Reduktion) auf andere schulbetrieblich "einfachere" Schulen übertragen lassen. Die erarbeiteten Inhalte lassen sich sowohl durch schulbetriebliche Beratung direkt in die Schulen als auch durch schulbetriebliche Ausbildung (z.B. über die Lehrerfortbildungsinstitutionen) der Schulleitungsfunktionsträger indirekt in die Schulpraxis einbringen.

3.3 Vorhaben ERBE/WEP - Organisation der Erwachsenenbildung unter Berücksichtigung bestehender Einrichtungen/Entwicklung und Validierung von Planungshilfen für die Weiterbildungsentwicklungsplanung (Bedarfsfeststellung)

o Ausgangslage

In der Folge der im Rahmen der Erstellung des Bildungsgesamtplanes der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und des Strukturplanes des Deutschen Bildungsrates eingeleiteten bildungsstrategischen Grundlagenarbeiten für den Auf- und Ausbau eines Weiterbildungssystems als einem gleichberechtigten Teil des Bildungsgesamtssystems sind in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland Gesetze zur Dimensionierung und Strukturierung der Weiterbildung erlassen worden.

Das "Erste Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz - 1. WBG)" vom 31.7.1974 normiert die Erstellung von Weiterbildungsentwicklungsplänen in den kreisfreien Städten, Kommunen und Volkshochschulzweckverbänden. Handlungsanweisungen dazu sind in der Verordnung über die Rahmenrichtlinien für die Aufstellung kommunaler Weiterbildungsentwicklungspläne und deren Fortschreibung im Fünfjahresrhythmus am 6. Dezember 1976 erlassen worden.

Die im Weiterbildungsgesetz verankerte Verpflichtung des FEOll zur engen Kooperation mit dem neuen Landesinstitut für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung sowie wissenschaftliches Interesse an der Bedarfsforschung im Bereich der Weiterbildung, deren Daten für die konkrete Weiterbildungsentwicklungsplanung von wesentlicher Bedeu-

tung sind, hat das IBBL am FFeoLL veranlaßt, das nachfolgend dargestellte Forschungsvorhaben beim Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zu beantragen. Der Antrag wurde per 1.1.1978 genehmigt. Er erstreckt sich bis zum 31.3.1981 und gliedert sich in drei Arbeitsschritte.

o Problemstellung

Die allgemeinen Zielsetzungen des Vorhabens umfassen insbesondere: Zielsetzung des Vorhabens ist die sozialwissenschaftliche und sozial-ökonomische Fundierung sowie die Entwicklung und Validierung von Instrumenten (Planungshilfen) für die Feststellung von Indikatoren und Grunddaten zur Sicherung eines flächen- d.h. bedarfsdeckenden Grund- bzw. Mindestangebotes; die Arbeit erfolgt im Rahmen der Weiterbildungs-entwicklungsplanung dreier Planungsträger in sozial- und wirtschaftsstrukturell unterschiedlichen Planungsregionen.

Entwicklung und Dokumentation eines standardisierbaren, d.h. auf die Erfordernisse der Planungsträger übertragbaren Erhebungs- und Prognose-instrumentariums zum Zwecke der Bedarfsermittlung.

Entwicklung, Erprobung und Validierung weiterbildungsrelevanter Instrumentarien und Planungshilfen gem. § 7 Abs. 3 der Verordnung über die Rahmenrichtlinie für die Aufstellung von kommunalen Weiterbildungsentwicklungsplänen vom 6. Dezember 1976. Im Rahmen des in der Verordnung über die Rahmenrichtlinien für die Aufstellung kommunaler Weiterbildungsentwicklungspläne kommt der Erhebung und der Prognose des Bedarfs und der Abgrenzung seiner unterschiedlichen Formen eine erhebliche Bedeutung zu. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen einerseits unmittelbar für die Arbeit der drei Planungsträger umsetzbar sein und andererseits einen Vergleich der die Nachfrage nach Weiterbildung bestimmter Faktoren und die möglichen Zusammenhänge zwischen den sozial- und wirtschaftsstrukturellen Merkmale der Planungsregionen ermöglichen.

Aufgrund der Vergleichsanalyse der Weiterbildungsentwicklungspläne der drei Planungsregionen und den daraus ableitbaren Ergebnissen soll versucht werden, entscheidungsvorbereitende Indikatoren und Grunddaten für die Sicherung einer flächen- d.h. bedarfsdeckenden Gesamtversorgung nach Maßgabe des durch das Land Nordrhein-Westfalen zu erstellende Landesplanes für die Weiterbildung zu entwickeln.

Darüberhinaus sind insbesondere die im Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und im Strukturplan des Deutschen Bildungsrates enthaltenen Vorgaben für den Auf- und Ausbau eines Weiterbildungssystems zu einem gleichberechtigten Bereich des Bildungsgesamtssystems als öffentliche Aufgabe zu berücksichtigen.

o Grundannahmen/Ziele

Nach Rückkoppelung mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem Kultusministerium des Landes NRW sollen bei der Untersuchung folgende besonderen Probleme bearbeitet werden, wobei bei der Durchführung des Entwicklungsvorhabens auch diejenigen Aspekte der WEP, die bundesweite Bedeutung haben, angemessen zu berücksichtigen sind.

Differenzierung und Abgrenzung der unterschiedlichen Formen des Bedarfs hinsichtlich ihrer Bedeutung für einen stufenweisen Auf- und Ausbau eines flächendeckenden Grund- oder Mindestangebotes in der Weiterbildungsversorgung.

Neben dem evidenten Bedarf ist dem latenten Bedarf besondere Bedeutung beizumessen, wobei die Bedeutung folgender Instrumente der Weiterbildungsentwicklungsplanung zur Einflußnahme auf die Bedarfsstruktur zu untersuchen sein wird:

- Die Bedeutung eines Grundangebotes der Volkshochschule an Serviceleistungen z.B. Bildungs- und Weiterbildungsberatung, das durch die Tätigkeit anderer Träger ergänzt wird;
- gezielte Werbemaßnahmen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen;
- gezielte Informationen über Entwicklungstendenzen der Arbeitsplatz- und Qualifikationsstruktur;
- Koordination der Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Einrichtungen und Kooperation mit Weiterbildungseinrichtungen anderer Träger im Sinne eines differenzierten Zusammenwirkens.

Überprüfung der Kategorien nach § 3 des Weiterbildungsgesetzes

Die Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum

o Durchführung

Das Projekt wird schwerpunktmäßig auf die Erfordernisse der Weiterbildungsentwicklungsplanung gemäß der Verordnung über die Rahmenrichtlinien für die Aufstellung und Fortschreibung kommunaler Weiterbildungsentwicklungspläne abgestellt und erfaßt zum Zwecke der überregionalen Vergleichbarkeit die drei unterschiedlich strukturierten Planungsregionen Wuppertal, den Einzugsbereich der Volkshochschule Paderborn und den Volkshochschulzweckverband der Städte Bad Driburg, Brakel, Nieheim und Steinheim. Mittels einer Vergleichsanalyse der Weiterbildungsentwicklungspläne der drei Planungsregionen soll versucht werden entscheidungsvorbereitende Indikatoren und Grunddaten für die Sicherung einer flächen- bzw. bedarfsdeckenden Gesamtversorgung der Bevölkerung mit Weiterbildungsangeboten zu entwickeln. In drei Arbeitsschritten werden zu diesem Zweck konkret handhabbare Instrumentarien (schriftliche Befragung der Bevölkerung, Befragung der Teilnehmer von WB-Angeboten, ein Modell zur Mitwirkung der Bürger bei der Weiterbildungsentwicklungsplanung) erarbeitet und erprobt.

o Kooperation

Die Bearbeitung des Projektes stellt hohe Anforderungen an die Kooperationsbereitschaft und die Zusammenarbeit der Projektbearbeiter mit den Leitern und Mitarbeitern der Volkshochschulen sowie den Planungsträgern in den drei beteiligten Planungsregionen. Das Ziel, vergleichbare Instrumentarien zur Erforschung des Weiterbildungsbedarfs zu entwickeln und zum Einsatz zu bringen und damit zu vergleichbaren Planungsdaten zu gelangen, ist nur in kooperativer Arbeitsweise und auf konsensualer Basis erreichbar. Darüber hinaus ist zur Einbeziehung bundesweiter Aspekte sowie interdisziplinärer bzw. intersektoraler Zusammenhänge ein ständiger Informationsaustausch und auch die fallweise Kooperation mit folgenden Institutionen vorgesehen:

- Referat für Struktur- und Rahmenplanung der Weiterbildung des Kultusministers Nordrhein-Westfalen,
- Landesinstitut für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung.
- Landesverband der Volkshochschulen NRW,

- Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes,
- Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung,
- Institut für Arbeitsmarkt - und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit,
- Batelle-Institut,
- International Institute for Educational Planning, Manpower and Social Affairs Directorate der OECD,
- Division for Out-of-School-Education and Cultural Development of the Council of Europe und der British Educational Administration Society.

Entsprechende Kontakte wurden mit den genannten Institutionen bereits aufgenommen.

o Ergebnisperspektiven

Mit Hilfe der zu entwickelnden Instrumentarien und Planungshilfen soll zum einen die Datenlage im Bereich sozial-ökonomischer Indikatoren für die Entscheidungsfindung bei der Weiterbildungsentwicklungsplanung verbessert werden. Die Instrumentarien zur EDV-Auswertung werden so entwickelt, erprobt und getestet, daß sie mit den dazugehörigen Programmpaketen und Dokumentationen (mit Anwendungsbeschreibungen) von den Weiterbildungsinstitutionen zum Zwecke der Bedarfsermittlung vor Ort eingesetzt werden können. Zu den wichtigen Zielen ist das Herstellen der Vergleichbarkeit von weiterbildungsrelevanten Daten und Indikatoren auf Landesebene zu zählen.

3.4 Vorhaben EVES - Entwicklung und Validierung von Entscheidungshilfen (Planung und Organisation) zur internen Entwicklung der Schulorganisation

o Ausgangslage

Die projektierten Reformen des Ausbildungssystems leiden an unzureichender Abstimmung zwischen pädagogischen und bildungspolitischen Zielsetzungen im Makrobereich und ihren schulorganisatorischen Notwendigkeiten und derzeitigen Möglichkeiten im Mikrobereich der Schule. So belastet das Defizit an Planungs-, Entscheidungs- und Organisationshilfen einerseits und an Qualifikation zur Planung, Entscheidung und Organisation in großen Schulsystemen andererseits deren Funktionstüchtigkeit und Effektivität erheblich. Die Gutachten des Deutschen Bildungsrates zur Förderung praxisnaher Curriculum-Entwicklung und zur Reform von Organisation und Verwaltung im Bildungswesen weisen auf diesen Sachverhalt hin. Die Realisierung von Reformvorhaben hängt damit entscheidend vom Ausgleich fehlender Qualifikationen und organisatorischer Voraussetzungen in der Schule ab.

o Problemstellung

Im einzelnen soll folgendes mit dem Vorhaben EVES angegangen werden:

- (1) Erarbeitung von Verfahrensvorschlägen für eine lehrergetragene Problembank (Fallstudie);
- (2) Erarbeitung eines Jahresarbeitsplanes für die Schulleitung (Fallstudie);

- (3) Entwicklung und Erprobung von Organisationshilfen für die Anwendung ausgewählter Curriculumelemente aus dem sozio-ökonomischen Lernbereich (Fallstudien).

o Grundannahmen/Ziele

- zu (1) Mit der lehrergetragenen Problembank soll ein Verfahren entwickelt werden, das als Organisationsroutine ein oder zweimal im Jahr Symptome durch Befragung des Lehrerkollegiums ermitteln hilft, sowie die vielfältigen Probleme und Lösungswege für sie ableiten läßt. Aufgebaut werden kann auf einem vom IBBL bereits bearbeiteten Ansatz, der in einer Gesamtschule bisher vorrangig für Bereiche schulinterner Verwaltung erprobt wurde, nun aber auch für den Organisationsentwicklungsbedarf im pädagogisch:personellen Bereich entwickelt und validiert werden soll.
- zu (2) Insbesondere für große Schulen mit über 80 Lehrern ist ein formales Verfahren samt Organisationshilfsmitteln erforderlich, das die Schulleitung dabei unterstützt, im Schulalltag nicht die möglichen und notwendigen Entwicklungsperspektiven aus dem Auge zu verlieren. Erarbeitet werden soll ein Instrument, das auch weniger in Schulverwaltung erfahrenen Schulleitungsmitgliedern die Aufstellung und Pflege von Arbeitsplänen einsichtig macht und für sie leicht anwendbar ist.
- zu (3) Die schulnahe, auf dem methodologischen Typus "Handlungsforschung" basierende Entwicklung von sogenannten Curriculumelementen, scheint ein erfolgversprechender Weg zu sein, Veränderungen in der Unterrichtspraxis herbeizuführen. Werden diese Elemente, bestehend aus den Unterrichtsmaterialien und Erläuterungen für den unterrichtlichen Einsatz solchen Schulen und Lehrern, die nicht an der Entwicklung beteiligt waren, angeboten, besteht die Gefahr, daß ihr Einsatz wegen ungelöster und im Urteil von Lehrer und Schulleitung scheinbar unlösbarer schul- und unterrichtsorganisatorischer Probleme scheitert. Diese organisatorischen Probleme und ihre Auflösungsmöglichkeiten sind grundsätzlich mit Hilfe der Methoden der empirischen Sozialforschung aufzudecken und können in Handreichungen für den unterrichtenden Lehrer umgesetzt werden. Mit Hilfe dieser Handreichungen können die Lehrer ihrerseits schul- und unterrichtsorganisatorische Widerstände leichter erkennen und nach Möglichkeiten suchen, diese Widerstände abzubauen.
- Veränderungen im Verfahrensbereich der Schulorganisation (hier: Didaktik) nach Einführen der Curriculumelemente beschrieben,
 - Auswirkungen dieser Veränderungen auf andere Bereiche der Schulorganisation, insbesondere auf die Schulstruktur (Gruppenbildung, Rollenverteilung, Arbeitsteilung), die Steuerung und Leitung der Schulorganisation (Problemlösungsverhalten, Kompetenzverteilung, Entscheidungsstruktur, Kommunikationsstruktur) und die situationsspezifischen Determinanten der Motivation von Lehrern beschrieben
 - und eine (theoretische) Erklärung der Auswirkungen von Veränderungen situationsspezifischer Determinanten der Motivation auf das (empirisch nachprüfbar) unterrichtliche Handeln derjenigen Lehrer, die diese Curriculumelemente einsetzen, versucht.

o Kooperation

zu (1) Kooperationspartner

- die Gesamtschule Rodenkirchen und die kooperative Gesamtschule Altenkirchen (Rheinland-Pfalz)
- GH Paderborn/Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

zu (2) Kooperationspartner

- Die Gesamtschule in Kassel-Waldau (Schulleitung)
- GH Paderborn/Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

zu (3) Das Teilvorhaben wird in enger Kooperation mit der GH Paderborn, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und Versuchsschulen im Raume Paderborn durchgeführt. Die Erarbeitung der Curriculumelemente wird von den beteiligten Hochschullehrern wissenschaftlich verantwortet. Die Entwicklung und Validierung von schulorganisatorischen Hilfen liegt in den Händen der FEoLL-Projektgruppe und wird von dieser verantwortet.

o Ergebnisperspektiven

zu (1) Das entwickelte Verfahren wird es der Schulleitung erleichtern, einen vom Lehrerkollegium getragenen Konsens hinsichtlich relevanter Entwicklungsvorhaben in der Schule zu erreichen.

Es wird von einem komplexen Verständnis der Organisation "Schule" ausgegangen, nach dem Organisation nicht nur schulinterne Verwaltung (z.B. Stundenplanung, Vertretungen, Einschulungen) bedeutet, sondern ebenso formale Regelungen z.B. in Form einer pädagogisch-didaktischen Konzeption für eine Jahrgangsstufe. Organisation ist nun nie endgültig, sondern in einzelnen Bereichen entwicklungsbedürftig. Die schulinterne Gestaltung beginnt in der Ermittlung des Gestaltungsbedarfs durch Vergleich der Schulziele mit eventuellen Defiziten. Hierbei das Lehrerkollegium einzuschalten, ist wesentlich für die Güte der identifizierten Probleme und für die Motivation zur Erarbeitung von Lösungen, die durch kleinere oder größere Gruppen eben dieses Lehrerkollegiums realisiert werden müssen.

zu (2) Anhand der erarbeiteten Fallstudie wird einmal das Verfahren einer Jahresarbeitsplanung Schulleitung beschrieben. Zum anderen werden in Kommentarform Beobachtungen, z.B. organisationspsychologischer Art, dokumentiert, so daß eine Einschätzung von "Aufwand" und "Erfolg" des Einsatzes dieses Instruments für die Leitung einer Schule möglich ist.

zu (3) Im Verlaufe des Vorhabens werden max. zwei Zwischenberichte (Paderborner Arbeitspapiere) entstehen. Nach Projektabschluß wird ein zusammenfassender Forschungsbericht für wissenschaftliche Zwecke und zu jedem erprobten Curriculumelement eine Beilage mit Hinweisen für den Einsatz schul- und unterrichtsorganisatorischer Implementationshilfen für den unterrichtenden Lehrer und die Schulleitung vorliegen.

3.5 Vorhaben TK I NW - Wissenschaftliche Begleitung des Modellversuches Telekolleg I - Nordrhein-Westfalen

o Ausgangslage

Die FEoLL-Arbeitsgruppe TELEKOLLEG I - NW wurde durch die Geschäftsführung der FEoLL GmbH zur Erfüllung von Begleitaufgaben für den Modellversuch TELEKOLLEG I in Nordrhein-Westfalen eingerichtet und setzt sich aus Mitarbeitern der FEoLL-Institute für "Bildungs-Betriebslehre" bzw. "Mediensoziologie/-psychologie" zusammen.

Die Mitarbeiter des Instituts für Bildungs-Betriebslehre haben innerhalb der Arbeitsgruppe folgende Aufgaben übertragen erhalten:

- Leitung der Arbeitsgruppe
- Arbeitsbereich Prüfungen
- Begleitung der Fächer im Bereich Wirtschaft
- Information der Arbeitsgruppe, Dokumentation.

Das Medienverbundsystem (Fernsehen, Buch, Kollegtag) TELEKOLLEG I wurde im September 1976 erstmals im Land Nordrhein-Westfalen eingeführt. Zum ersten Durchgang (1976 - 1978) meldeten sich ca. 4.000 Kollegiaten.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen das TELEKOLLEG I schon mehrfach ausgestrahlt wurde, band man die Sozialphase des Lernens im Medienverbund nicht im berufsbildenden Schulbereich, sondern bei den Volkshochschulen an. Aufgrund des Weiterbildungsgesetzes haben Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit staatliche Prüfungen abzunehmen; das TELEKOLLEG I schließt mit der Fachoberschulreife ab. Ein weiteres Novum besteht in NRW darin, bestimmte berufliche oder schulische Vorleistungen für den Abschluß des TK I anzurechnen. Im ersten Durchgang des TK I - NW wurde zunächst eine umfangreiche Defizit-Analyse der Probleme im TK I angestellt. Sodann wurde eine bestimmte Form der Handreichungen für TK-Dozenten und Kollegiaten entwickelt und erprobt.

Bedingt durch die Neuproduktion von Medienverbund-Komponenten in einigen der zu betreuenden Fächern kann ein Teil der Handreichungen erst im folgenden Durchlauf des TK I - NW (Herbst 1978 - Sommer 1980) eingesetzt werden. Vorliegende Handreichungen werden gemäß den neuen Fachinhalten modifiziert.

o Problemstellung

Der FEoLL-Arbeitsgruppe TK I - NW wurden von der Lenkungsgruppe TK I - NW folgende Aufgaben übertragen:

- Arbeitsbereich Handreichungen:
Entwicklung und Validierung von Handreichungen für TELEKOLLEG-Dozenten und Kollegiaten in den Fächern Sozialkunde, Geschichte, Englisch, Deutsch und Wirtschaft.
- Arbeitsbereich Prüfungen:
Entwicklung standardisierter, erwachsenengerechter Prüfungen sowie Analyse und Systematisierung des Verfahrens zur Anrechnung schulischer und beruflicher Vorleistungen.

o Grundannahmen/Ziele

- Arbeitsbereich Handreichungen:
 - . Der TK-Dozent spielt als "Begleiter" im TELEKOLLEG (Moderator, Fachexperte, Berater) eine andere Rolle als der Lehrer im herkömmlichen

Schulunterricht.

- . Kollegiaten sind i.d.R. noch nicht mit eigenverantwortlichem Selbstlernen konfrontiert worden. Sowohl fachunspezifische Informationen u.a. zu "Lernen lernen" wie auch fachspezifische Lernhilfen können den Erfolg im TK I steigern.
 - . Die "Macher" (Autoren, Prozedenten, Redakteure) und "Begleiter" (Mitarbeiter in Curriculum- und Aufgabenauswahlkommissionen) des TELEKOLLEGS sollten über die Besonderheiten der Zielgruppe "Telekollegiaten" informiert sein.
- Arbeitsbereich Prüfungen:
- . Durch ein "Baukastensystem" zur Anrechnung von beruflichen und schulischen Vorleistungen kann der Anreiz zur Weiterbildung gesteigert werden.
 - . Im TELEKOLLEG können spezielle Prüfungsverfahren, die sich an erwachsene Adressaten orientieren, zur Anwendung kommen.
- o Durchführung
- Arbeitsbereich Handreichungen:
- . Es sind Handreichungen für TK-Dozenten zu erarbeiten, die Aussagen machen zu den Lernzielen der Reihe sowie zu den Grundintentionen des Autors. Diese Hilfen sollten in schriftlicher Form (Dozenteninformation) und in mündlicher Form (fachspezifische Informationsveranstaltungen) angeboten werden.
 - . Treten bei der Produktion der Medienverbundkomponenten Film und/oder Buch bzw. Fernsehlektion Mängel auf, sollen diese durch Handreichungen für Kollegiaten behoben werden u.a. durch
 - .. Begleitblätter zu den Fernsehlektionen (Vor-, Während-, Nachtexte)
 - .. Glossar
 - .. Lernkartei
 - . Sammlung und Verarbeitung von Informationen zur Wirksamkeit des TELEKOLLEG I - NW (Organisation, Medienverbundkomponenten).
- Arbeitsbereich Prüfungen:
- . Aufbauend auf der Analyse von bisher ausgesprochenen Anerkennungen kann ein Katalog von anrechenbaren Vorleistungen erstellt werden, der u.a. als Beratungsgrundlage für TELEKOLLEG-Interessenten dienen wird.
 - . Schaffung der Voraussetzungen für erwachsenengerechte Prüfungen im TELEKOLLEG I durch Information der zuständigen Gremien und Einzelpersonen sowie Einführung von Verfahren weitgehend standardisierter Prüfungen.
- o Kooperation
- Eine enge Zusammenarbeit wird auch weiterhin (innerhalb der Arbeitsgemeinschaft TK I - NW) mit der Arbeitsgruppe TELEKOLLEG beim Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V. und der Arbeitsgruppe TK beim Institut für Regionale Bildungsplanung stattfinden. Darüber hinaus bestehen u.a. Kontakte zu

- den beteiligten Sendeanstalten (BR, WDR, SWF)
- Autoren von Fernseh-Lektionen und Begleitmaterial
- Geschäftsstellen TELEKOLLEG
- Deutsches Institut für Fernstudien
- TR-Verlagsunion (Vertrieb der schriftlichen Begleitmaterialien)
- Mediothek (Vertrieb von cassettierten Fernseh-Lektionen).

o Ergebnisperspektiven

- Erhöhung der Wirksamkeit des Medienverbundes TELEKOLLEG I unter Berücksichtigung der besonderen Lernsituation und Motivstruktur von Erwachsenen,
- Erarbeitung von Grundlagen und umsetzungsorientierten Erkenntnissen für die Information von Autoren bzw. Produzenten von Elementen des Verbundsystems TELEKOLLEG I,
- Herstellen der Voraussetzungen für eine direkte Rückkopplung zwischen Telekollegiaten, Telekolleg-Dozenten und den für die Produktion und Durchführung Verantwortlichen,
- Bereitstellen von Materialien für die Beratung von möglichen Telekollegiaten hinsichtlich der durch sie zu erbringenden bzw. anrechenbaren Leistungen,
- Verbesserung der didaktisch-methodischen Konzepte und Realisierungsformen von neu zu produzierenden Elementen des Verbundsystems TELEKOLLEG I unter besonderer Berücksichtigung der Verständnis- und Motivstruktur der Telekollegiaten,
- Entwicklung von Informationsmaterial für die Tätigkeit als TK-Dozent, als Mitglied von Curriculum- und Prüfungskommissionen,
- Herstellen eines direkten Informationsaustauschsystems zwischen den Autoren bzw. Produzenten, den Telekolleg-Dozenten und Telekollegiaten zur (Vor-) Validierung von erstellten Elementen des Medienverbundes TELEKOLLEG I,
- Erhöhung der Attraktivität des Medienverbundes TELEKOLLEG I durch Information über das System und Kommunikation zwischen den beteiligten Produzenten, Moderatoren und Adressaten,
- Gewinnen von Erkenntnissen über die didaktisch-methodischen Besonderheiten eines erwachsenenorientierten Medienverbundes (mit besonderem Bezug zu den didaktisch-methodischen Bedingungen des Schulfernsehens).

3.6 Vorhaben FIM-KOST - Kosten-Nutzen-Analyse im Versuch für das Fernstudium im Medienverbund

o Ausgangslage

Der Versuch des Fernstudiums im Medienverbund hat seine Grundlagen in dem Verwaltungsabkommen, das die Regierungen der elf Länder der Bundesrepublik Deutschland am 14. Februar 1974 geschlossen haben. Im Rahmen dieses Versuches soll erprobt werden, ob durch ein Fernstudium im Medienverbund zusätzliche erfolgsversprechende Studienmöglichkeiten eröffnet werden können.

Den Trägern des Versuches geht es insbesondere darum, daß bei der Bewertung des Versuches organisatorische Aspekte Berücksichtigung finden und eine Beurteilung der finanziellen Belastungen in bezug auf Einsatz- und Verwertungsmöglichkeiten erfolgt.

Durch die Auswertung des Versuches wird beabsichtigt, einen Kosten-Nutzen-Vergleich zwischen Direktstudium, reinem Fernstudium und Kombinationsstudium durchzuführen, sowie Aufschlüsse über die Möglichkeiten einer günstigen Organisation zu gewinnen.

o Problemstellung

Eine detaillierte Beurteilung des Versuches Fernstudium im Medienverbund bezüglich der Kosten- und Nutzendimension setzt eine allgemeine hochschulbetriebliche bzw. bildungsbetriebliche Kostenrechnung voraus, die noch zu entwickeln ist. Bisher fehlen validierte Kostenrechnungen bzw. Kosten-Nutzen-Analysen für das Direktstudium. Für das Fernstudium liegen nur Vorüberlegungen vor.

Ausgangspunkt dieses Vorhabens ist eine Reihe von theoretischen Vorarbeiten zur Kostenbestimmung und Kostenprognose, Ausgabenvergleiche und Ausgabenschätzungen. Diese Erkenntnisse sind bei der Konzeption des FIM-Versuches zu berücksichtigen, mit dem Ziel, ein praktikables bildungsbetriebliches Entscheidungsinstrument zu schaffen.

o Grundannahmen/Ziele

Die Dimension "Kosten"

Im Hinblick auf die Zielsetzung des FIM-Versuches sollen die grundsätzlichen Probleme von Kosten- und Nutzenbetrachtungen, ihre methodischen Schwierigkeiten und die Grenzen der Interpretation der durch sie hervorgerufenen Ergebnisse kurz angesprochen werden.

Bezüglich der Kostendimension konzentrieren sich die Probleme insbesondere auf die Bestimmung des Kostenträgers. Es ist zu entscheiden, ob der Kostenträger

. der Student eines bestimmten Studienganges, der einen bestimmten Studienabschnitt belegt hat und der eine einzelne Studieneinheit absolviert,

. oder die einzelne Studieneinheit eines bestimmten Studienabschnittes, eines bestimmten Studienganges

sein soll.

Unproblematisch ist bei der Kostenträgerrechnung die Zurechnung der Einzelkosten - das sind Kosten, die dem einzelnen Kostenträger direkt zugerechnet werden können; Schwierigkeiten ergeben sich allerdings bei der Zurechnung der Gemeinkosten - das sind Kosten, die für den einzelnen Kostenträger nur indirekt durch Schlüsselung zurechenbar sind.

Die Dimension "Nutzen"

Bezüglich der Nutzendimension besteht das Problem der Bestimmung des durch Bildungsaktivitäten gestifteten "Nutzens". Es muß darauf hingewiesen werden, daß die exakte Feststellung der "Leistung" von Bildungsinstitutionen und Bildungsaktivitäten nach Qualität und Quantität weder in der Theorie noch in der Praxis zufriedenstellend gelöst worden ist. Zwar ist die Vergleichsgröße "Nutzen" erkannt und beschrieben worden, aber es entzieht sich insbesondere der Nutzen von Bildungsaktivitäten einer Quantifizierung in ver-

gleichbare Größen, wie z.B. Währungseinheiten. Es ist daher notwendig, nach Ersatzkriterien zu suchen, um den Nutzen zwischen Direktstudium, Fernstudium und Kombinationsstudium messen zu können.

Gemäß Art. 1 Abs. 2 des Verwaltungsabkommens soll der Versuch unter Beachtung der Reform von Studium und Lehre insbesondere folgende Fragen klären helfen:

- Eignung des Fernstudiums für verschiedene Fächer (experimentelle und nicht experimentelle Fächer; natur-, geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer) sowie für das Kontaktstudium,
- Erweiterung der Kapazitäten der Hochschulen,
- Verringerung der Kosten des Studiums,
- Möglichkeiten einer günstigen Gestaltung der Organisation und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

o Durchführung

- Kostenanalyse

- . Erhebung der Kosten, die durch Begleitung des FIM-Versuches anfallen, wie z.B. Kosten für
 - .. Verwaltungskommission
 - .. Wissenschaftskommission
 - .. Fachkommission
 - .. Projektgruppen
 - .. Geschäftsstelle des FIM-Versuches am DIFF
- . Bestimmung der Ist-Kosten beim Versuch FIM
- . Vergleich von Erstellungs- und Betriebskosten zwischen Versuch FIM und FeU Hagen.
- . Nachkalkulation von Elementen des Medienverbundes, wobei besonders folgende Kostenarten ins Gewicht fallen:
 - .. Personalkosten
 - .. Materialkosten und
 - .. Transportkosten
- . Versuche einer Kostenauflösung; die Auflösung kann erfolgen in variable und fixe Kosten oder in Einzel- und Gemeinkosten. Finanzbedarf (Haushaltsbelastungen); Grobschätzung für den Versuch FIM

- Nutzenanalyse

- . Versuch einer Bewertung (Operationalisierung) der Vorzüge, Nachteile und Besonderheiten des FIM-Versuches im Gegensatz zu anderen herkömmlichen Hochschulausbildungsverfahren anhand einer Nutzwertanalyse unter Einbeziehung der Teilnehmerentwicklung und der Organisationsstruktur des Modells.

o Kooperation

- Geschäftsstelle für den FIM-Versuch im Deutschen Institut für Fernstudien. (DIFF)
- fachspezifische Projektgruppen
- Begleitgruppen des Versuches DIFF
- Hochschulen (insbesondere Arbeitsgruppen für Hochschuldidaktik)

o Ergebnisperspektiven

Es stehen folgende Ergebnisperspektiven bei der Auswertung des Modellversuches Fernstudien im Medienverbund im Vordergrund:

- Ergebnisse der kostenanalytischen Untersuchung

Analyse der Haushalts- bzw. Finanzunterlagen, die für die Konzeption, Erstellung und Validierung der Fernstudienmaterialien von Bedeutung sind; Umrechnung der Ausgaben in periodisierte Kostenangaben;

- Ergebnisse der kostenprognostischen Untersuchung

Feststellung der Betriebsbedingungen des Einsatzes von Fernstudienmaterialien; Schätzung der Kostenentwicklung (Plankosten) und Umrechnung in Haushaltsbedarfsgrößen (Sollkosten);

- Ergebnisse der aktivitätsanalytischen Untersuchung

Feststellung der hochschulbetrieblichen (planerischen/organisatorischen) Einsatzbedingungen der Fernstudienmaterialien; Feststellen von Zusatzbelastung und Entlastungsmöglichkeiten bei unterschiedlicher Einsatzform (Fernstudium, Direktstudium, Kombinationsstudium);

- Ergebnisse der nutzenanalytischen Untersuchung

Überprüfung der Fernstudienmaterialien auf ihre Einsatzmöglichkeit in unterschiedlichen Einsatzformen (Fernstudium, Direktstudium, Kombinationsstudium).